



Ausgabe Nr. 76 - März 2008
Aktuelle Informationen über Zentral- und Osteuropa

ostnews



Standort Österreich wird zum Osteuropamagnet Seite 2

Saftige Erhöhung der Verkehrsstrafen in Ungarn
Seite 3

Schengenerweiterung und offene Grenzbalken
Seite 4

EU-Neulinge profitieren von Einheitssteuer
Seite 6

Österreich steigert Export nach Osteuropa
Seite 3

Österreich-Beteiligung an „Europa Magistrale“
Seite 5

GW: MOEL-Märkte im Brennpunkt
Seite 7

Osteuropa verliert für Investoren an Attraktivität

Osteuropäische Länder verlieren im internationalen Rennen allmählich die Position der attraktivsten Zielländer für Investitionen, wie aus dem „Foreign Direct Investment Index 2007“ von A.T. Kearney hervorgeht. In der Studie führt China, gefolgt von Indien und den USA. In den Top 25 sind nur zwei osteuropäische Länder vertreten: Tschechien auf Platz 25 (zuletzt zwölf), Polen auf Platz 22 (zuletzt fünf). Der Hauptgrund für den Investitionsrückgang sind bereits abgeschlossene Unternehmenskäufe. Gegenläufig zeigt sich der Trend in den Reformstaaten Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion: Dort sind die FDI 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 16 bzw. 41 Prozent gestiegen.

Impressum

Medieninhaber, Eigentümer und Herausgeber: Gebrüder Weiss GmbH, Wiener Straße 26, A-2326 Maria-Lanzendorf, Österreich
 Redaktion: Klaus Tumlner, Gabriela Amann, Susanne Kornfeld, F 01.79799.7901, ost-news@gw-world.com
 Verlags- und Herstellungsort: Wien
 Druck: Hans Jentzsch & Co GmbH, Scheydgasse 31, 1210 Wien
 Auflage: 5.000 Stk.
 Erscheinungsweise: 4 x / Jahr
 Fotos (wenn nicht anders angegeben): Gebrüder Weiss Ges.m.b.H.
 Vorbehaltlich Irrtum und Druckfehler.
 OFFENLEGUNG NACH § 25
 MEDIENGESETZ: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Gebrüder Weiss GmbH
 Wiener Straße 26
 A-2326 Maria-Lanzendorf
 T 01.79799.0
 Unternehmensgegenstand: Internationale Spedition
 Grundlegende Richtung: Informationen für Unternehmen über die wirtschaftlichen Beziehungen mit Zentral- und Osteuropa.

Ostfirmen siedeln verstärkt in Österreich

Die staatliche Austria Business Agency hat im Vorjahr mehr als 200 internationale Unternehmen ins Land geholt. Interesse aus CEE steigt weiter an.

Mit 201 ausländischen Investoren konnte der Rekord des Vorjahres um weitere 32 Prozent überschritten werden. Deutschland ist mit 82 Projekten wieder wichtigster Investor vor Italien; das Interesse aus den CEE- und SEE-Ländern steigt weiter an.

Die staatliche Betriebsansiedlungsagentur Austria Business Agency (ABA), blickt auf ein Spitzenjahr zurück: die Bilanz 2007 weist gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2006 bei allen drei Erfolgsparametern eine weitere Steigerung auf. Die Zahl der von der ABA gemeinsam mit den Regionalgesellschaften abgewickelten Investitionsprojekte erreichte 2007 die Rekordmarke von 201 gegenüber 152 im vergangenen Jahr. Diese investierten mit 394 Mio. Euro rund 70 Prozent mehr als 2006 (230 Mio. Euro) und schufen mit 2.087 Beschäftigten um 45 Prozent mehr Arbeitsplätze als im vergangenen Jahr.

„Diese erfreuliche Bilanz beweist eindrucksvoll, dass wir mit unserer Standortpolitik hervorragend aufgestellt sind und wirtschaftspolitische Meilensteine wie die Steuerreform 2005 samt Gruppenbesteuerung jetzt nachhaltig Früchte tragen. Weitere Maßnahmen wie etwa die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Fachkräfteverordnung 2008 und die Abschaffung der Erbschaftssteuer stimmen mich zuversichtlich, dass wir diese Erfolgsstory auch heuer fortsetzen können“, ist Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein, Eigentümervertreter der ABA, überzeugt.

Nie zuvor haben sich so viele deutsche Unternehmen für den Standort Österreich entschieden wie 2007: 82 Firmen (2006: 72) suchten die Betreuung der ABA bei der Ansiedlung, darunter 16 aus der IT Branche, sechs Life Science Unternehmen und sechs Firmen aus dem Bereich Mechatronik. Mehr als ein Viertel der deutschen Investoren kamen aus Bayern und jeweils elf aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Auch 2007 war Italien zweitgrößter Investor: 22 italienische Unternehmen siedelten sich in Österreich an - eine Steigerung von 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ungebrochen ist weiterhin das wachsende Interesse aus dem Osten: 2007 konnte ABA-Invest in Austria 23 Unternehmen aus dem mittel-, ost- und südosteuropäischen Raum bei der Ansiedlung



Foto: BM für Wirtschaft & Arbeit

Martin Bartenstein sieht Österreich als idealen Dienstleistungsstandort für osteuropäische Unternehmen

in Österreich betreuen, 2006 waren es 22. Ungarn ist mit sieben Investitionen dabei das am stärksten vertretene Land vor Slowenien (vier Investitionen) und Rumänien (vier Investitionen).

Auch im Vorjahr waren mit 116 Unternehmen die größte Gruppe der Investoren Dienstleistungsunternehmen. „Der Trend zum Dienstleistungsstandort ist unaufhaltsam. Wir haben allerdings im Vergleich zum Vorjahr wieder um 50 Prozent mehr Produktionsunternehmen ansiedeln können (2006: zehn, 2007: 15). Auch eine höhere Anzahl von Investoren, die in Österreich F&E betreiben (2006: sieben, 2007: zehn) und dreizehn Headquarter-Ansiedlungen - davon sieben deutsche - sind eine echte Bestätigung für die Drehscheibe Österreich“, kommentiert ABA-Geschäftsführer René Siegl das Ergebnis.

Die ABA berät interessierte Unternehmen kostenlos bei der Standortwahl, in arbeits- und steuerrechtlichen Fragen, hilft bei der Suche nach Kooperationspartnern und unterstützt im Kontakt mit Behörden.



Diese erfreuliche Bilanz beweist eindrucksvoll, dass wir mit unserer Standort- und Steuerpolitik hervorragend aufgestellt sind.

Martin Bartenstein, Wirtschafts- und Arbeitsminister

Ukraine

HU: Saftige Erhöhung der Verkehrsstrafen

Wer demnächst in Ungarn zu schnell fährt, zahlt nicht nur hohe Strafen, sondern auch die Kosten für den Verwaltungsaufwand.

Schon bald wird in Ungarn ein neues Bußgeldsystem für Verkehrssünder in Kraft treten. Ab kommendem Mai werden Verkehrssünder kräftig zur Kasse gebeten.

So wird beispielsweise eine Geschwindigkeitsübertretung in einer Tempo-50-Zone um 25 km/h dann mit mindestens 40.000 HUF (ca. 160 EUR) geahndet werden. Wer mit 100 km/h erwischt wird, und das ist in Ungarns Wohnbezirken nicht so selten, zahlt schon satte 500 EUR Strafe. Auch können gegen Ausländer schneller Fahrverbote verhängt werden als bisher. Durchfahren bei einer roten Ampel schlägt mit 400 EUR zu Buche.

Als besondere Abschreckung haben die Behörden die Übertragung der Mess- und Verwaltungskosten auf den Verkehrssünder vorgesehen. Diese können zusätzlich zur Strafe nochmals bis zu 400 EUR betragen. Auch Parkvergehen werden jetzt

schon grenzüberschreitend eingehoben (ab zirka 40 EUR). Die Hauptstadt Budapest will demnächst auch das äußerst wirksame System der Krallen vor allem an ausländischen Fahrzeugen ausweiten, um schneller an die Strafgeelder zu kommen. In jedem Fall lohnt sich also das Einhalten der Verkehrsregeln.

Ärgerlich ist nach wie vor das ungelöste Problem der abgelaufenen österreichischen Kfz-Pickerl, für die in Österreich eine viermonatige Toleranz gilt. Ungarn kennt hier keine Toleranz und die abgelaufene Plakette führt zur Kennzeichenabnahme und zum Entzug der Zulassungsbescheinigung.

Neu ist auch, dass ab dem 1. Mai zusätzlich zur Polizei auch kommunale Selbstverwaltungen bzw. Straßenbetreiber Verkehrskontrollen durchführen dürfen.

Weg in die WTO frei

Der Weg der Ukraine in die Welthandelsorganisation WTO ist nach Einschätzung der EU frei. Die EU war nach ergänzenden Angaben der letzte Handelspartner in der WTO, dessen Zustimmung noch fehlte. Strittig waren noch Zollfragen gewesen.

EU-Handelskommissar Peter Mandelson erklärte, dass dies der erste Schritt zu einer stärkeren Integration in die weltweite und europäische Wirtschaft sei. Die EU als größter Handelspartner der Ukraine plant nun, Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Kiew zu beginnen.

Tschechien: Höchster Anstieg bei Stundenlöhnen

Das Tschechische Statistische Zentralamt ermittelte, dass die Stundenlöhne in Tschechien seit 2004 von 5,74 EUR auf mittlerweile 7,14 EUR gestiegen seien, ein Zuwachs von beträchtlichen 30,5 Prozent. Tschechien ist demnach das Land mit der höchsten Steigerung der Stundenlöhne seit seinem Beitritt zur EU. Im gleichen Zeitraum stiegen die Durchschnittslöhne in vergleichbaren Branchen in der Slowakei und Ungarn nur um rund 20 Prozent. Bei der Arbeitsproduktivität liegt jedoch die Slowakei derzeit vor Tschechien. 2007 lag die Arbeitsproduktivität in Tschechien bei 73,5 und in der Slowakei bei 75,5 Prozent.

Österreich steigert Exporte nach Osteuropa

Im Vorjahr sind die österreichischen Exporte um 9,6 Prozent gestiegen. Die treibende Kraft für das Ausfuhrplus waren die Länder Osteuropas.

2007 hat Österreich den größten Handelsbilanzüberschuss in der Geschichte der zweiten Republik erwirtschaftet. Um EUR 1,5 Mrd. mehr konnten Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkauft werden als nach Österreich importiert wurden. Das bedeutet im Jahresvergleich einen Anstieg um 9,6 Prozent.

Besonders erfreulich ist der Zuwachs der Exporte nach Osteuropa: In diesem Segment stieg das Ausfuhrvolumen in den ersten zehn Monaten 2007 sogar um 15,7 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Die positive Handelsbilanz mit Osteuropa betrug in den ersten zehn Monaten 2007 rund eine halbe Mrd. Euro. Die österreichischen Exporte in diese Region haben sich seit der Ostöffnung verzehnfacht. 21,8 Prozent aller Lieferungen aus Österreich gehen derzeit nach Osteuropa. Damit ist diese Region nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs.



Rund 22 Prozent aller Exporte Österreichs gehen bereits nach Osteuropa.

Neuer Palettenstandard für Kroatien

Seit dem 1. Jänner hat Kroatien den neuen Palettenstandard ISPM Nr. 15 eingeführt. Dieser schreibt fest, in welcher Form Holzpackmittel aus Vollholz (also Paletten) behandelt sein müssen, damit diese dauerhaft vor Schädlingsbefall geschützt sind.

Aus diesem Grund gilt, dass für Lieferungen nach Kroatien seit 1. Jänner ausschließlich Paletten verwendet werden dürfen, die diesen Standard erfüllen und entsprechend gekennzeichnet sind.

Das bedeutet für Exportbetriebe, dass Holzverpackungen ohne ISPM-konforme Vorbehandlung und entsprechender Kennzeichnung bei der Grenzkontrolle vom Zoll gestoppt und der Weitertransport untersagt werden können.

Serbischer Zoll verlangt genaues Ursprungsland

Seit Ende 2007 gibt es Änderungen beim serbischen Zoll. Der Vermerk „Ursprungsland EU“ wird vom serbischen Zoll nicht mehr anerkannt. Das bedeutet, dass für Sendungen aus einem EU-Land nach Serbien das genaue Ursprungsland vermerkt sein muss.

Fehlt der Vermerk über das Ursprungsland, wird die Importzollabfertigung bis zur Klärung nicht durchgeführt und es kommt zu Verzögerungen bei der Wareneinstellung.

Schengenerweiterung und offene Grenzbalken

Offene Grenzbalken als Kuriosum in Kroatien und Slowenien, Bulgarien und Rumänien verschärfen die Grenzkontrollen.

Die jüngste Schengenerweiterung treibt mancherorts wundersame Blüten, wie an der slowenisch-kroatischen Grenze, die vorerst an einigen Stellen offen bleibt. Hingegen motiviert die Schengen-Erweiterung die beiden Neo-EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien zu rascherer Umsetzung der Beitritts-Kriterien und zu verstärkten Grenzkontrollen.

Die erst seit kurzem bestehende neue Schengen-Grenze zwischen Slowenien und Kroatien ist nicht so dicht, wie sie eigentlich sein sollte. An einigen kleineren Übergängen zwischen den beiden früheren jugoslawischen Teilrepubliken sind die Grenzen ständig offen. Der Grund für die offenen Grenzbalken in Ostslowenien ist eigentlich recht banal. Während Slowenien in den vergangenen Jahren sehr viel Geld in die Anschaffung modernster Geräte zur Überwachung der 670 Kilometer langen Schengen-Außergrenze investiert hat, hapert es ausgerechnet an den einfachsten Utensilien zur Grenzsicherung. Es verzögert sich nämlich die Lieferung jener Schlüssel, die den Einwohnern das Aufsperrn der Grenzbalken an nicht überwachten Übergangspunkten ermöglichen sollen. Daher hat die Polizei entschieden, dass die Grenzbalken vorerst offen bleiben sollen. Im Zuge der Schengenerweiterung wurde die Zahl der überwachten Grenzübergänge zwischen Kroatien und Slowenien drastisch reduziert. Um Härten für die lokale Bevölkerung abzufedern, wurden weitere Übertrittspunkte mit abgesperrten Schranken versehen. Jene Slowenen oder Kroaten, die auf der anderen Seite des Grenzgebietes arbeiten oder Grundstücke besitzen, sollten Schlüssel für die Grenzbalken bekommen, damit sie sich selbst die Grenzbalken öffnen und auch wieder schließen können.

Während Slowenien noch mit seinen Schengengrenzen kämpft, bemühen sich die beiden jüngsten EU-Mitglieder um einen möglichst raschen Schengen-Beitritt. Rumänien und Bulgarien können frühestens 2012 mit einem Beitritt rechnen, meinte der amtierende EU-Ratsvorsitzende Dragutin Mate nach der Unterzeichnung eines Schengen-Annäherungsabkommens durch die Innenminister beider Staaten am Rande des informellen EU-Innenministertreffens in Slowenien, obwohl beide Länder den Beitritt ein Jahr früher planen. Bulgarien und Rumänien verpflichten sich in dem Abkommen

zu einer engen Abstimmung bei der Erfüllung der Beitrittskriterien. Die EU überprüft bis zum endgültigen Beitritt laufend die Umsetzung der geforderten Maßnahmen zum Grenzschutz. Rumen Petkov, bulgarischer Innenminister, will künftig den Dialog mit der Europäischen Kommission, die immer wieder Berichte zur Schengenreife Bulgariens dem EU-Parlament vorlegen wird, intensivieren.

Bulgarien und Rumänien müssen nicht zwangsläufig gleichzeitig dem Schengenraum beitreten, aber beide Länder wünschen sich dies. Schließlich wäre es irrational, wenn man für einige Monate eine zusätzliche Grenze zwischen den beiden Ländern aufbauen müsse. Für Rumänien ist die Erfüllung der Schengen-Kriterien ungemein schwieriger als für seinen Nachbarn Bulgarien. Während Rumänien fast 1.450 Kilometer der künftigen Schengen-Landesgrenze absichern muss, sind es im Fall Bulgariens lediglich 700 Kilometer. Bulgarien hat in den letzten drei Jahren schon deutlich seine Grenzkontrollen verschärft. An den meisten Grenzposten wurden bereits Kameras installiert, teilte der bulgarische Innenminister Rumen Petkov mit. Außerdem versehen immer andere Polizisten den Dienst an den Grenzen. Dadurch soll die Korruption stark zurückgegangen sein. Im vergangenen Jahr wurden an der bulgarischen Grenze mehr als 1.000 Menschen festgenommen, die illegal ins Land wollten.

”

Es ist mein Fehler, dass der Dialog zwischen dem Innenministerium und der Europäischen Kommission nicht aktiv genug gewesen ist.

Rumen Petkov, Bulgarischer Innenminister

Österreichs Beteiligung an „Europa Magistrale“

Die Europa-Magistrale soll auf 1.500 Kilometern effizienten Personen- und Güterverkehr mit optimaler Anbindung an städtische Räume ermöglichen.



Die Wirtschaftskammer Österreich ist neues unterstützendes Mitglied der Initiative „Europa Magistrale“. Ziel der Initiative ist der Ausbau der West-Ost-Hochleistungsschienenachse Paris-Wien-Bratislava-Budapest.

„Die Weichen für die Beteiligung der österreichischen Wirtschaft an der Hochleistungsschienenstrecke 'Europa Magistrale' sind gestellt“, unterstrich WKÖ-Präsident Christoph Leitl anlässlich der jüngsten Sitzung der Initiative „Magistrale für Europa“. Durch die Unterzeichnung gehört die Wirtschaftskammer Österreich der Initiative als unterstützendes Mitglied an. Die Vereinbarung betrifft die Finanzierung der gemeinsamen Geschäftsstelle. „Durch die Beteiligung an der Finanzierung der als Schnittstelle eingerichteten gemeinsamen Geschäftsstelle mit Sitz in Deutschland, können wir die Interessen der österreichischen Wirtschaft an diesem grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekt entsprechend positionieren“, so Leitl.

Für Österreich bedeutet das Megavorhaben eine Verdoppelung der Kapazitäten zwischen Wien und Bratislava, eine deutliche Reduzierung der Gesamtfahrzeit zwischen Bratislava und Salzburg sowie beträchtliche Kapazitätssteigerungen auf der Schiene im oberösterreichischen Abschnitt der Hochgeschwindigkeitsstrecke. Erfreulicherweise wurde - obwohl ursprünglich nicht vorgesehen -

auch die Stadt Linz als Zwischenstopp in die Streckenführung aufgenommen.

Ziel der Initiative „Europa Magistrale“ ist der durchgehende Ausbau der West-Ost-Hochleistungsschienenstrecke für den Personen- und Güterverkehr von Paris über Bratislava nach Budapest sowie die optimale Verknüpfung mit dem öffentlichen Nah- und Regionalverkehr entlang der insgesamt 1.500 Kilometer langen Trasse. Die Initiative wurde 1990 von Städten, Regionen und Industrie- und Handelskammern entlang der Schienenachse gegründet. Ihr Ausbau wird als wesentliche Voraussetzung für die rasche ökonomische, politische und kulturelle Integration von West- und Osteuropa gesehen. Die Verbindung, die auch als TEN-Projekt 17 bekannt ist, wird mit 438 Millionen Euro von der EU kofinanziert.

”

Für Österreich bedeutet das Megavorhaben eine Verdoppelung der Kapazitäten zwischen Wien und Bratislava.

WKÖ-Präsident Christoph Leitl

EBRD-Kredit für Bosnien-Herzegowina

Die EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) hat 180 Millionen Euro für den Bau von Autobahnen des Paneuropäischen Korridors VC durch Bosnien-Herzegowina bewilligt. Die Regierung der Föderation Bosnien-Herzegowina erwartet, dass die gleiche Summe seitens der EIB (Europäische Investitionsbank) bewilligt wird. Die Kreditmittel werden für den Bau der Teilstrecken Sarajevo - Zenica und Mostar - südliche Grenze mit Kroatien verwendet. Mit dem EIB-Kredit soll der Bau des Anschlusses an das kroatische Autobahnnetz bei Svilaj finanziert werden. Bosnien-Herzegowina hat bisher aus eigenen Mitteln 29 Kilometer Autobahnen gebaut. Weitere neun Kilometer sollen dieses Jahr fertig gestellt werden. Damit werden die Städte Sarajevo-Visoko-Kakanj auf der Teilstrecke Sarajevo-Zenica mit einer Autobahn verbunden.

GW steigert Abfahrtsfrequenzen nach Bosnien

Für viele Unternehmen haben sich die Geschäftsbeziehungen gerade in die südosteuropäischen Länder verstärkt. Dieser Entwicklung trägt Gebrüder Weiss Rechnung und steigert die Abfahrtsfrequenzen nach Bosnien-Herzegowina. Ab sofort fährt Gebrüder Weiss zweimal wöchentlich vom Terminal in Wien / Maria-Lanzendorf nach Bosnien-Herzegowina.

Wichtige Adressen

Albanien

DV: 1190 Wien,
An den langen Lüssen 1/6/1
T 01.328.86.56, 328.86.57
ÖH: SI-1000 Ljubljana, Nazorjeva 6
T +386.1.513.9770

Bosnien-Herzegowina

DV: 1120 Wien, Tivoligasse 54
T 01.811.85.55
ÖH: BA-7100 Sarajevo,
Marsala Tita 38/II
T +387.33.26.78.40, 26.78.50

Bulgarien

DV: 1040 Wien, Schwindgasse 8
T 01.505.64.44
ÖH: BG-1000 Sofia, Ul. Samuil 15
T +3592.953.15.53

Estland

DV: 1040 Wien, Wohllebengasse 9/13
T 01.503.77.61
ÖH: FIN-00260 Helsinki
Mannerheimintie 15a B
T +358.9.43.66.35-0

Serbien

DV: 1030 Wien, Rennweg 3
T 01.712.12.05
ÖH: RS-11070 Novi Beograd
Genex-Center, App.102
Vladimira Popovica 6
T+381.11.301.58.50

Mazedonien

DV: 1070 Wien, Kaiserstraße 84/1/5
T 01.524.87.56

Kroatien

DV: 1170 Wien, Heuberggasse 10
T 01.480.20.83
ÖH: HR-10000 Zagreb
Postanski pretinac 25, Ilica 12/2. St.
T +385.1.488.19.00

Lettland

DV: 1090 Wien, Währinger Straße 3/8
T 01.403.31.12, 403.31.12-10
ÖH: FIN-00260 Helsinki,
Mannerheimintie 15a B
T +358.9.43.66.35-0

Litauen

DV: 1010 Wien, Opernringhof,
Stg. 2/4. OG
T 01.718.54.67, 718.54.68
ÖH: FIN-00260 Helsinki,
Mannerheimintie 15a B
T +358.9.43.66.35-0

Polen

DV: 1130 Wien, Hietzinger Hauptstr. 42c
T 01.870.15
ÖH: PL-02 704 Warszawa
Ulica Idzikowskiego 7/9
T +48.22.843.79.09

Rumänien

DV: 1040 Wien, Prinz Eugen Str. 60
T 01.5053227
ÖH: RO-70224 Bucuresti
Strada Logofat Luca Stroici 15
T +4021.210.17.98, 210.17.99

DV: diplom. Vertretung in Österreich
ÖH: österr. Handelsdelegierter

EU-Neulinge profitieren von Einheitssteuer

Die einheitliche Besteuerung hilft auf dem Weg in die freie Marktwirtschaft.

Seit 1. Jänner müssen alle Bulgaren nur mehr einheitliche zehn Prozent Einkommenssteuer zahlen. Auch andere neue EU-Länder wie Tschechien, Estland oder Rumänien haben bereits einheitliche Steuersätze eingeführt. Laut Experten ist diese Maßnahme für Länder im Übergang von einer zentral gelenkten Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ideal.

Ende Dezember verabschiedete das bulgarische Parlament das Gesetz über eine einheitliche Einkommenssteuer. Damit hat Bulgarien seit Jahreswechsel mit nur zehn Prozent die niedrigste Flat Tax der Europäischen Union. Bisher galten im Land für die Einkommensbesteuerung drei Stufen: 10, 16 und 24 Prozent.

Damit folgt Bulgarien einer Reihe anderer neuer EU-Staaten, die bereits einen einheitlichen Einkommenssteuersatz eingeführt haben. So besteuert Estland seit 1994 private Einkünfte einheitlich mit 22 Prozent und kündigt bis 2009 eine Senkung der Flat Tax auf 20 Prozent an. In der Slowakei beträgt die Flat Tax 19 Prozent, in Rumänien sind es 16 Prozent. Tschechien führte ebenfalls mit Jahreswechsel eine Flat Tax von 15 Prozent auf Einkommen ein, bis 2009 wird der Steuersatz sogar auf 12,5 Prozent gesenkt werden.

In weiteren osteuropäischen Ländern, die nicht der EU angehören, ist eine Flat Tax ebenfalls ein Thema: Das bosnische Parlament segnete Anfang Jänner die Einführung einer einheitlichen Einkommenssteuer von 10 Prozent ab, in Russland und in der Ukraine beträgt die Flat Tax 13 Prozent. Und auch in Mazedonien wurden per 1. Jänner die Einkommens- und die Körperschaftssteuer von zwölf auf zehn Prozent gesenkt. Damit reiht sich das Land am Balkan in die Länder mit der niedrigsten Flat Tax ein.

Die einheitliche Einkommensbesteuerung hilft laut Wirtschaftsexperten den osteuropäischen Ländern auf ihrem Weg in die Marktwirtschaft. Insbesondere zeigt sie sich wirksam bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Eine relativ niedrige Einheitssteuer hebt nämlich die Bereitschaft der Arbeitgeber, illegale Arbeitskräfte anzumelden. Somit wird die Schattenwirtschaft erfolgreich bekämpft und die Steuermoral der Bevölkerung verbessert.



Mit der Flat Tax wird einerseits die Steuermoral generell gehoben, andererseits trägt sie zur Steigerung des privaten Konsums bei.

Die Flat Tax wirkt sich auch auf die Staatskassen aus. So erhofft sich Bulgarien durch die Flat Tax heuer mehr als 280 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen. In Georgien sind die Steuereinnahmen seit der Einführung einer 12-prozentigen Einheitssteuer drastisch gestiegen: Vor der Steuerreform machten sie lediglich 14,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Heuer erwartet die Regierung einen 24-prozentigen BIP-Anteil aus Steuereinnahmen.

Kritik am Flat Tax-Modell kommt dagegen von nationalen Gewerkschaften, die eine einheitliche Einkommenssteuer als „unsozial“ bezeichnen. Durch eine Flat Tax würden vor allem besser gestellte Haushalte profitieren.

”

Mit der Flat Tax wird ein einstufiger Einkommenssteuertarif bezeichnet. Bei der Einheitssteuer ist der Steuersatz konstant und damit gleich dem Grenzsteuersatz.

Robert E. Hall und Alvin Rabushka; Quelle Wikipedia

MOEL-Märkte im Brennpunkt

Seit 1. Jänner 2008 hat sich im GW Konzern einiges verändert.



Mit der Erweiterung der Region Ost um die Länder Ungarn und Slowakei hat sich GW auf den Weg zur Regionalisierung begeben.

Seit Anfang des Jahres gibt es gleich mehrere Neuerungen bei GW. Andreas Zwerger hat die Niederlassung Wien übernommen, Jan Krupa ist neuer Geschäftsführer in der Slowakei, Thomas Schauer neuer Ungarn-Geschäftsführer und Jürgen Bauer koordiniert als Regionaldirektor Ost die Länder Slowakei, Ungarn, Ostösterreich (Einzugsgebiet Wien, Pöchlarn) sowie die HighTech-Logistiksparte tectraxx. Und am 7. Jänner rollte der erste Orange Combi Cargo über die Schienen.

Jürgen Bauer leitete schon bisher die Region Ostösterreich, mit Beginn dieses Jahres hat sich sein Verantwortungsbereich um die Länder Ungarn und Slowakei erweitert. „Ich erwarte mir dadurch eine optimalere Ausnutzung der Synergien - auch oder vor allem durch die Regionalisierung verschiedenster Aufgaben“, so Bauer.

Nachdem 2007 die Integration aller speditioneller und IT-technischer Systeme erfolgreich bewerkstelligt wurde, hat mit 1. Jänner in der Slowakei Jan Krupa als neuer Geschäftsführer das Ruder übernommen. Mit ihm will sich die Slowakei einerseits voll auf die Marktbearbeitung konzentrieren und andererseits die kulturelle Integration abschließen. Durch die Vorkenntnisse von Jan Krupa aus dem Bereich Automotive erwartet sich Jürgen Bauer entsprechende Initiativen und

„hoffentlich viele Neukunden gerade in diesem Segment.“

Nach zwei äußerst erfolgreichen Jahren von GW Ungarn und dem Terminalausbau letztes Jahr in Dunaharaszti, der noch im ersten Quartal abgeschlossen sein wird, hat Ungarn mit Thomas Schauer einen neuen Geschäftsführer. Nun gilt es für ihn, die Strukturen von GW Ungarn der neuen Größenordnung anzupassen.

Mit tectraxx, dem GW HighTech-Logistiker, will sich Bauer verstärkt auf die CEE-Märkte konzentrieren. „Bereits jetzt lässt sich ablesen, dass in den Ländern Mittel- und Südosteuropas gerade im Servicebereich ein großer Nachholbedarf herrscht. Und dafür ist tectraxx bestens gerüstet.“

Der erste Zug der täglichen GW-Ganzzugverbindung hat am 7. Jänner den Wiener Westbahnhof Richtung Hall/Tirol bzw. Bludenz verlassen. Bauer sieht im Orange Combi Cargo eine unheimliche Chance nicht nur für die grenznahen Regionen, sondern auch für eine umweltfreundliche und kostengünstige Überwindung eines Teils des Hauptlaufs für weiter entfernte Länder wie Rumänien oder Bulgarien mit Sendungen in Richtung Ostschweiz und Süddeutschland.

Wichtige Adressen

Russische Föderation

DV: 1030 Wien, Reiserstraße 45-47
T 01.712.12.29
ÖH: 119034 Moskau
Starokonjuschennyi Pereulok 1
T +7095.20.17.334

Slowenien

DV: 1010 Wien, Nibelungeng. 13/3
T 01.586.13.09, 586.13.23
ÖH: SI-1000 Ljubljana, Nazorjeva 6
T +386.1.5139770

Slowakei

ÖH: SK-81499 Bratislava,
Grösslingova 7
T +421.2.57.10.17.00

Tschechien

DV: 1140 Wien, Penzinger Str. 11-13
T 01.89.95.80
ÖH: CZ-11121 Praha 1, Krakovska 7
P.O.Box 493
T +420.2.222.10.255

Ukraine

DV: 1180 Wien, Naafgasse 23
T 01.497.71.72-0
ÖH: UA-01034 Kiev, Volodimirska 48a
T +380.44.235.13.41

Ungarn

DV: 1010 Wien, Bankgasse 4-6
T 01.533.26.31
ÖH: H-1062 Budapest VI,
Delibab utca 21
T +36.1.461.50.40

DV: diplom. Vertretung in Österreich
ÖH: österr. Handelsdelegierter

Kontakt

Gebrüder Weiss GmbH
www.gw-world.com

Österreich

www.gw-world.at

Ungarn

www.gw-world.hu

Slowakei

www.gw-world.sk

tectraxx

www.tectraxx.com



the orange way of global logistics

Weitere Infos und alle Adressen auf:
www.gw-world.com

Von Nordamerika bis Südchina verbinden wir jeden Punkt der Erde über ein Netz mit 129 Standorten und ausgesuchten Partnern vor Ort. Damit Sie auf direkte Art zum Erfolg kommen.

Servicetelefon 0800.201.666 www.gw-world.com

Gebrüder Weiss 
Transport und Logistik